

Haldensleben, den 16.11.2022

Niederschrift

über die 31. Tagung des Wirtschafts- und Finanzausschusses der Stadt Haldensleben am 15.11.2022,
von 18:00 Uhr bis 20:00 Uhr

Ort: im Rathaus der Stadt Haldensleben, Markt 22, Sitzungssaal

Anwesend:

Vorsitzender

Herr Mario Schumacher

Mitglieder

Herr Thomas Seelmann i.V. für Herrn Burkhard Braune

Herr Thomas Feustel

Frau Anja Reinke

Frau Roswitha Schulz

Frau Doris Trautvetter

sachkundige Einwohner

Herr Martin Feuckert

Herr Jürgen Jacob

Frau Nicole Job

von der Verwaltung

Herr Bernhard Hieber

Herr Oliver Karte

Herr Michael Schneidewind

Herr Zimmermann

Frau Elke Engel

Frau Silvia Schöbel

Frau Ruth Felske

Abwesend:

Frau Sabrina Püschel – unentschuldigt

Tagesordnung:

I. Öffentlicher Teil

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit
2. Änderungsanträge zur Tagesordnung und Feststellung der Tagesordnung
3. Abstimmung über den öffentlichen Teil der Niederschrift zur Tagung vom 18.10.2022
4. Einwohnerfragestunde
5. Kooperationsvereinbarung der Stadt Haldensleben mit der Stadt Helmstedt, den Landkreisen Börde und Helmstedt sowie der Lebenshilfe Ostfalen gGmbH und der Lebenshilfe Wolfenbüttel gGmbH zur Sicherstellung der optimalen Begleitung einer Sportlerdelegation aus Singapur im Rahmen des Host Town Program der Special Olympics World Games 2023 - Vorlage: 143-H(VII.)/2022
6. Genehmigung einer überplanmäßigen Aufwendung zur Zahlung der Finanzkraftumlage 2022
Vorlage: 344-(VII.)/2022
7. Haushaltssatzung 2023 einschließlich Haushaltsplan - Vorlage: 342-(VII.)/2022
- 7.1. Haushaltssatzung 2023 einschließlich Haushaltsplan - Vorlage: 342-(VII.)/2022/1
8. Jahresabschluss 2019 der Stadt Haldensleben - Vorlage: 343-(VII.)/2022
9. Mitteilungen
10. Anfragen und Anregungen

II. Nichtöffentlicher Teil

11. Abstimmung über den nichtöffentlichen Teil der Niederschrift zur Tagung vom 18.10.2022
12. Grundstücksangelegenheit - Vorlage: 328-(VII.)/2022
13. Mitteilungen
14. Anfragen und Anregungen

I. Öffentlicher Teil

zu TOP 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit

Ausschussvorsitzender Mario Schumacher eröffnet die heutige Sitzung. Die ordnungsgemäße Ladung wird festgestellt; es sind 6 Ausschussmitglieder anwesend; der Ausschuss ist beschlussfähig. Herr Thomas Seelmann nimmt in Vertretung für Herrn Burkhard Braune teil. Die sachkundigen Einwohner Frau Nicole Job, Herr Jürgen Jacob und Herr Martin Feuckert nehmen ebenfalls an der Sitzung teil. Stadträtin Sabrina Püschel fehlt unentschuldig.

zu TOP 2 Änderungsanträge zur Tagesordnung und Feststellung der Tagesordnung

Änderungsanträge zur Tagesordnung werden nicht gestellt. Die Tagesordnung wird in der vorliegenden Form *einstimmig* angenommen und gilt damit als festgestellt.

zu TOP 3 Abstimmung über den öffentlichen Teil der Niederschrift zur Tagung vom 18.10.2022

Schriftlich liegt dem Ausschussvorsitzenden ein Einwand von Stadträtin Doris Trautvetter gegen den öffentlichen Teil der Niederschrift vom 18.10.2022 vor.

Stadträtin Doris Trautvetter verliest die Korrektur zu TOP 11 auf Seite 6 die wie folgt lautet:

Die von Stadträtin Doris Trautvetter gestellte Frage, ob es zu den Grundstücksankäufen etwas Konkretes gibt oder ob die Summe im Haushalt eingestellt wurde, weil man den Antrag der CDU/FDP-Fraktion bereits bei der Planung berücksichtigen wollte, beantwortet der Ausschussvorsitzende wie folgt: Konkrete Pläne zu Grundstücksankäufen gibt es nicht. Es war bereits eine Summe in Höhe von 2 Mio. € für den Gewerbeflächenankauf im Haushalt eingestellt. Mit der redaktionellen Änderung von Erwerb von „Gewerbegrundstücken“ in Erwerb von „Grundstücken allgemein“, zieht die CDU/FDP-Fraktion ihren Antrag und den Änderungsantrag zurück.

Mit der Änderung, wie sie vorgetragen wurde, wird der öffentliche Teil der Niederschrift über die Tagung vom 18.10.2022 *einstimmig bei einer Stimmenthaltung* von den Ausschussmitgliedern bestätigt.

zu TOP 4 Einwohnerfragestunde

Der Einwohner möchte vom Bürgermeister wissen, wie er als Aufsichtsratsvorsitzender bei den Stadtwerken es mit dem Kommunalverfassungsgesetz in Übereinstimmung bringen könne, eine Eisbahn zur Adventszeit aufzubauen, wenn gleichzeitig die Stadtwerke ab 01.01.2023 die Preise z. B. beim Gas um 66 % erhöhen.

Bürgermeister Bernhard Hieber gibt zur Antwort, dass es Gespräche gab, ob man den Sternenmarkt stattfinden lässt und wir haben, das war auch der Presse zu entnehmen, uns gemeinsam mit den Stadtwerken dazu entschlossen, den Sternenmarkt durchzuführen. Grund dafür ist, gerade in diesen schwierigen Zeiten einen Lichtblick für die Jüngsten dieser Stadt zu schaffen, die bereits 2 Jahre auf einen Sternenmarkt mit Eisbahn verzichten mussten. Für die Eisbahn gibt es eine große Bereitschaft von Sponsoren und aus diesem Grund soll dieses Event für die Bürger stattfinden.

Nachfrage vom Einwohner: Man könne eine Eisbahn ersetzen durch eine Kunststoffbahn, die viel kostengünstiger sei. Die Stadt Weimar hat sich für so eine Bahn entschieden.

zu TOP 5 Kooperationsvereinbarung der Stadt Haldensleben mit der Stadt Helmstedt, den Landkreisen Börde und Helmstedt sowie der Lebenshilfe Ostfalen gGmbH und der Lebenshilfe Wolfenbüttel gGmbH zur Sicherstellung der optimalen Begleitung einer Sportlerdelegation aus Singapur im Rahmen des Host Town Program der Special Olympics World Games 2023 - Vorlage: 143-H(VII.)/2022

Die Mitglieder des Wirtschafts- und Finanzausschusses empfehlen *einstimmig* dem Hauptausschuss der Stadt

Haldensleben, die Kooperationsvereinbarung der Stadt Haldensleben mit der Stadt Helmstedt, den Landkreisen Börde und Helmstedt sowie der Lebenshilfe Ostfalen gGmbH und der Lebenshilfe Wolfenbüttel gGmbH zur Sicherstellung der optimalen Begleitung einer Sportlerdelegation aus Singapur im Rahmen des Host Town Program der Special Olympics World Games 2023 zu schließen.

Abstimmungsergebnis: 6 Ja-Stimmen

zu TOP 6 Genehmigung einer überplanmäßigen Aufwendung zur Zahlung der Finanzkraftumlage 2022 - Vorlage: 344-(VII.)/2022

Der Wirtschafts- und Finanzausschuss empfiehlt *einstimmig* dem Stadtrat der Stadt Haldensleben, die überplanmäßige Aufwendung und Auszahlung für die zu leistenden Finanzkraftumlage in Höhe von 143.778 € im Haushaltsjahr 2022 zu beschließen.

Abstimmungsergebnis: 6 Ja-Stimmen

**zu TOP 7 Haushaltssatzung 2023 einschließlich Haushaltsplan
Vorlage: 342-(VII.)/2022**

Ausschussvorsitzender Mario Schumacher merkt eingangs an, dass sich dieser Ausschuss das dritte Mal mit dem Haushalt befasst. Es sollte innerhalb der Fraktionen noch einmal beraten werden, inwieweit es noch Einsparvorschläge gibt. Ihm sind keine Vorschläge bekannt. Von daher fragt er in die Runde, ob es von den Stadträten heute noch Vorschläge gibt.

Stadtrat Thomas Seelmann **beantragt**, auf die Ausschüttung der Wobau im Haushaltsjahr 2023 zu verzichten. Er begründet seinen Antrag dahingehend, dass durch die zu erwartenden Mietausfälle, die Liquidität der Wobau nicht gefährdet werde.

Ausschussvorsitzender Mario Schumacher ergänzt, dass Herr Koch darauf verwiesen habe, dass es zu Schwierigkeiten kommen kann. Als Vorsorgemaßnahmen sprach er von der Aufnahme von Kassenkrediten. Die Liquidität der Wobau muss gesichert sein. Von daher unterstütze er den Antrag, auf die Ausschüttung im Jahr 2023 zu verzichten.

Bei einem Fehlbetrag von über 8 Mio. € hätte Stadträtin Anja Reinke erwartet, dass die Verwaltung Sparvorschläge einbringt und nicht zusätzlich neue Stellen schafft. Und wenn die CDU meint, der Wobau die Ausschüttung an den städtischen Haushalt erlassen zu wollen, dann frage sie sich, wie wolle die Stadt mit ihrem Haushalt in den nächsten Jahren klarkommen. Die Gelder für das Defizit werden der Rücklage entnommen, aber irgendwann ist diese auch aufgebraucht. Ihre Fraktion hat Sparvorschläge eingereicht, doch die Verwaltung wolle anscheinend nicht darauf eingehen. Somit werde ihre Fraktion Änderungen im Stadtrat zum Haushalt einbringen.

Die Diskussion über die Ausschüttung der Unternehmen an den städtischen Haushalt werde seit Jahren geführt, und wenn die Wobau im nächsten Jahr nicht liquide ist, kann sie die Ausschüttung nicht leisten. Was Stadträtin Roswitha Schulz bewegt, ist die Aussage von Stadträtin Anja Reinke. Weil die Verwaltung keine Einsparvorschläge unterbreitet, ist die Fraktion B90/Die GRÜNEN gezwungen, im Stadtrat Maßnahmen vorzuschlagen. Warum nicht heute in diesem Ausschuss, wenn es konkrete Vorschläge gibt.

Auf ihren Vorschlag, dass keine weiteren Personalstellen geschaffen werden, gab es keine Reaktion, antwortet Stadträtin Anja Reinke.

Ausschussvorsitzender Mario Schumacher hatte erwartet, dass Einsparvorschläge von den Fraktionen als Änderungsanträge zur Haushaltssatzung eingebracht werden, um darüber abstimmen zu können. Heute hat Stadtrat Thomas Seelmann den Antrag gestellt, auf die Ausschüttung der Wobau zu verzichten. Es ist zwar eine Einsparung, aber ein Antrag. Es wäre hilfreich, wenn Stadträtin Anja Reinke ihre Vorschläge schon heute formulieren könnte, um die Diskussion in diesem Ausschuss führen zu können. Die Änderungsanträge könnten bis zum Stadtrat eingearbeitet werden. In der Stadtratssitzung sollte es keine Haushaltsdiskussion mehr geben.

Als über die Stellen diskutiert wurde, wurde auch argumentiert, dass die Aufgaben nicht weniger werden und zur Aufgabenerfüllung sei es nach Meinung von Stadträtin Roswitha Schulz durchaus legitim, die eine oder andere Stelle zu schaffen. Es liegt kein Antrag vor, es wurde nur allgemein gesprochen.

Stadträtin Anja Reinke habe ganz konkret die Stellen genannt, die im Haushaltplan ausgewiesen sind (Stelle in der Wirtschaftsförderung und seine SGL-Stelle im Bereich Soziales, Kultur, Sport) und der Bürgermeister hat geantwortet, er besteht darauf, diese Stellen besetzen zu wollen, sie sind wichtig. Bei diesem Defizit findet sie das persönlich gesagt, nicht in Ordnung so vorzugehen. Sie hatte gedacht, dass der Bürgermeister seine Entscheidung korrigiert.

Bürgermeister Bernhard Hieber hat die Frage bereits in der letzten Sitzung beantwortet. Er steht zu seiner Aussage und darüber muss der Stadtrat befinden. Seines Erachtens brauche die Stadt ein starkes Gewerbe. Die Verwaltung müsse optimale Unterstützung bieten und eine entsprechende Willkommenskultur, Bestandspflege, Citymanagement usw. vorhalten.

Auf die Frage von Stadtrat Thomas Seelmann nach der Hierarchie antwortet Bürgermeister Bernhard Hieber, dass die Stabsstelle mit der Wirtschaftsförderung im Zusammenspiel funktionieren werde; eine Einheit, die gut verzahnt miteinander arbeitet.

Für Stadträtin Doris Trautvetter ist die Antwort nicht zufriedenstellend.

Auch Stadträtin Anja Reinke fehlt die Vision vom Bürgermeister, die sie von der Notwendigkeit einer Stabsstelle überzeugt.

Stabsstellen sind von der Hierarchie her in der Regel dem Bürgermeister bzw. dem Stellvertreter unterstellt. Wie es Frau Nicole Job aus Helmstedt kenne, können sich Stabsstellen Teams zusammensetzen. Stabsstellen sind in direkter Abstimmung mit dem Bürgermeister. Es ist der Effektivität geschuldet, sich für eine Stabsstelle zu entscheiden, weil Absprachen leichter laufen, weil Zugriffe viel leichter sind.

Es ist nicht ohne Grund geschehen, dass der Bürgermeister diese Stabsstelle schaffen wolle. Die Verwaltung wolle Gewerbegebiete entwickeln und dafür hat der Wirtschafts- und Finanzausschuss der Verwaltung den Auftrag erteilt. Gewerbegebiete neu zu erschließen, daran hängt Weiteres, was man im Blick haben muss. Um dieser Bedeutung auch Ausdruck zu verleihen, besteht die Absicht diese Stabsstelle beim Bürgermeister zu etablieren. Dass diese Stabsstelle nicht ohne weitere Unterstützungskräfte agieren wird, das ist auch klar; hier gilt es die fachlichen Kompetenzen der Mitarbeiter zu nutzen. Die Stabsstelle wird keine Solo-Stelle sein, die allein fungiert, unterstreicht Dezernent Oliver Karte die Bedeutung der Stelle.

Die wichtigste Aufgabe der Wirtschaftsförderung ist, die Unternehmen und Betriebe zu fördern, zu pflegen und weiter auszubauen. Hier wird der Grundstein gelegt, um Einnahmen für den Haushalt zu generieren.

Ausschussvorsitzender Mario Schumacher gehe davon aus, dass das der Hauptgrund sein wird, warum sich der Bürgermeister die Wirtschaftsförderung fest auf die Fahne geschrieben hat. Einerseits soll gespart werden auf der anderen Seite werden neue Stellen geschaffen. Hier gilt es abzuwägen, kommt unter dem Strich etwas dabei heraus, oder eher nicht. Er bittet, dass über den Stellenplan in den Fraktionen noch einmal diskutiert wird.

Was die Stelle SGL Bildung und Soziales betrifft, hätte er gern gewusst, welche Aufgaben in diesem Bereich auf die Verwaltung zukommen, die es rechtfertigen, diese Stelle zu schaffen.

Die Stelle war bereits Bestandteil des Stellenplanes vor 2 Jahren; diese Stelle wurde nicht besetzt. Das Tätigkeitsprofil wurde noch einmal neu bewertet. Die LEQ's, mit denen sich regelmäßig der Ausschuss zu befassen habe, sind sehr zeitintensiv. Es müssen Zertifizierungsprozesse durchlaufen werden und das ist mit dem derzeitigen Personalbestand nicht zu bewältigen. Darüber hinaus handelt sich bei den Kitas um eine Pflichtaufgabe, macht Dezernent Oliver Karte deutlich.

Bislang konnte Stadträtin Doris Trautvetter nicht feststellen, dass es Einsparvorschläge gibt. Nein, im Gegenteil, es wird nur Geld ausgegeben. Sie könne sich an Haushaltsdiskussionen erinnern, da wurde um Centbeträge gerungen. Es wird immer davon gesprochen, dass der Haushalt ausgeglichen und von der Kommunalaufsicht genehmigt werden wird. Das wird in diesem Jahr so sein, aber nichts destotrotz, müssen sich alle, die hier am Tisch sitzen, darüber im Klaren sein, dass gespart werden muss. Mit den 2 neuen Stellen für das nächste Jahr könne sie schwer umgehen.

Dezernent Oliver Karte merkt an, dass man zwischen freiwilligen Aufgaben und Pflichtaufgaben differenzieren muss. Es gibt auch bei den freiwilligen Leistungen einen Aufwuchs. Er erinnert an die Diskussion im Schul-, Sozial-, Kultur- und Sportausschuss, als es um die Stipendien für Ärzte, Lehrer, Zahnärzte usw. ging.

Bei den Stipendien, so Stadträtin Doris Trautvetter, gab es die Überlegung, davon abzusehen und erst nach dem Abschluss des Studiums und mit der Arbeitsaufnahme in Haldensleben eine Förderung auszureichen. So habe sie den Tenor aus der letzten Sitzung in Erinnerung.

Ausschussvorsitzender Mario Schumacher wirft ein, dass über die Stipendien erst einmal im Stadtrat diskutiert werden sollte.

Für das Arztstipendium sind Gelder im Haushalt eingeplant, korrigiert Dezernent Oliver Karte die Aussage.

Bevor der Haushalt den Stadträten vorgestellt wurde, wurden in mehreren Beratungen verwaltungsintern Einsparungen vorgenommen, sind Kürzungen erfolgt und Verschiebungen von Maßnahmen in die Folgejahre passiert. D.h., die Verwaltung hat alles darangesetzt, um einen Haushaltsausgleich erzielen zu können. Über Einsparmaßnahmen, die von den Stadträten bzw. aus den Fraktionen kommen, ist die Verwaltung dankbar. Darum befasst sich der Ausschuss bereits das dritte Mal mit dem Haushalt, um zu betrachten, was setzen wir um, was nicht, äußert Bürgermeister Bernhard Hieber.

Die Nachfrage von Stadträtin Doris Trautvetter, ob es ein Personalentwicklungskonzept gibt, bejaht Dezernent Oliver Karte. Auf Antrag einer Fraktion ist dieses zu aktualisieren. Das Personalentwicklungskonzept wird sicherlich fortgeschrieben, aber nicht unmittelbar bei jedem Personalwechsel.

Stadträtin Anja Reinke interessiert, ob es Organisationsuntersuchungen gibt. Z. B. wie viele Stellen braucht man für bestimmte Aufgaben tatsächlich.

Für den Kita-Bereich haben wir das eruiert, antwortet Dezernent Oliver Karte. Wenn eine Stelle ausgeschrieben wird, wird immer die Stellenausschreibung mit der Tätigkeitsbeschreibung veröffentlicht. Das haben wir noch nie ohne gemacht.

Stadträtin Anja Reinke hätte gern die Tätigkeitsbeschreibung mit dem prozentualen Anteil der Tätigkeiten.

Ausschussvorsitzender Mario Schumacher möchte die Diskussion zum Stellenplan an dieser Stelle beenden und zu den Einsparmaßnahmen übergehen.

Bei den freiwilligen Aufgaben wurde in seiner Fraktion angeregt:

- das Gertrudium nur alle 2 Jahre durchzuführen
- beim Sternenmarkt evtl. eine Kunstbahn vorzusehen
- für den Wagen zum Basteln der Kinder beim Sternenmarkt nach einer Alternative zu suchen

Viele kleine Einsparungen im freiwilligen Bereich helfen, die Ausgaben zu reduzieren, denn bei den Pflichtaufgaben können keine Abstriche zugelassen werden.

Da auch für die kommenden Jahre mit erheblichen Minusbeträgen zu rechnen ist, sollte sehr wohl über Einsparungen nachgedacht werden. Herr Jürgen Jacob könnte sich vorstellen, dass in einem Jahr das Altstadtfest und im nächsten Jahr das Gertrudium stattfindet. Das Altstadtfest kostet enorme Summen und die Beteiligung im letzten Jahr war nicht so, wie es erhofft wurde. Seines Erachtens könnte die Verwaltung das durchaus gegenüber der Bevölkerung vertreten.

Ausschussvorsitzender Mario Schumacher setzt seine Ausführungen zu Einsparmaßnahmen fort.

- 45.000 € für kommunales Energiemanagement
Es gibt Messdienste, die die Verbräuche gegen einen gewissen Obolus erfassen.

Stadträtin Anja Reinke regt an, dass Herr Schumacher seinen Ausschussvorsitz abgeben sollte, wenn er zu einzelnen Punkten sprechen möchte.

Stadtrat Thomas Seelmann übernimmt die Sitzungsleitung und erteilt Stadtrat Mario Schumacher das Wort.

Ein weiterer Diskussionspunkt zum Haushalt war das Verdunstungsbeet auf dem Adlerplatz. Nach Meinung der CDU/FDP-Fraktion sollte dafür eine sinnvollere Maßnahme gefunden werden, die den Klimaschutzziele entspricht. Z. B. die Aufwertung des Dammühlenweges, eine Photovoltaikanlage auf das Dach der Feuerwehr, um dieses Notstromaggregat zu ersetzen. Seine Fraktion halte das Verdunstungsbeet an dieser Stelle für unsinnig. Könnte ein Sperrvermerk hilfreich sein.

Frau Nicole Job bringt zum Ausdruck, dass es relativ schwierig ist, mit den Erklärungen sinnvolle Entscheidungen zu treffen. Man setzt zu viel voraus, dass die Gremien oder die Ausschussmitglieder bzw. Stadträte im Stoff stehen; was nicht der Fall ist. Zum Beispiel für das Innovationszentrum werden 60.000 € eingestellt. Die Fördermittelzweckbindung ist ausgelaufen. Das wisse kaum einer und es wird auch nicht gesagt, das Projekt ist jetzt beendet, wir haben das und das Ergebnis erreicht. Die Firma die sich dort eingemietet hat, wird nicht verabschiedet. Es wird auch nicht zur Diskussion gestellt, was mit dem Gebäude eigentlich passiert ist.

Genau diese Fragen zum Innovationszentrum hat Stadträtin Anja Reinke in der letzten Sitzung gestellt und Abteilungsleiter Lutz Zimmermann hat die Fragen beantwortet bzw. sehr gut erläutert. Wenn sie als Stadträtin Fragen habe, bekomme sie im Großen und Ganzen auch eine Antwort, auch wenn diese nicht immer zufriedenstellend ist.

Das Verdunstungsgebiet ist als Maßnahme im Maßnahmenkatalog für Althaldensleben eingestellt. Ein Sperrvermerk hilft nicht weiter, es hilft nur eine andere Idee, die Klimaziele beinhaltet. Stadträtin Anja Reinke hätte von der Verwaltung eine andere Maßnahme erwartet.

Wenn jemand eine andere Maßnahme vorschlagen möchte, sollte ein Antrag gestellt werden, äußert der Sitzungsleiter Stadtrat Thomas Seelmann.

Bauamtsleiter Holger Waldmann hatte in der letzten Sitzung geäußert, dass er dankbar für jeden anderen Vorschlag wäre, trägt Stadträtin Roswitha Schulz vor. Ob die Vorschläge, die von Stadtrat Mario Schumacher eingebracht wurden, geeignet sind, können die Stadträte nicht beurteilen.

Auf ihren Vorschlag die Feuerwehr mit einer PC-Anlage auszustatten, die den Strom aus dem Dach speichern kann, bekam Stadträtin Anja Reinke zur Antwort, dass es so etwas noch nicht gibt, was nicht zutreffend ist.

Stadtrat Mario Schumacher wird einen Antrag stellen, der morgen dem Büro Stadtrat schriftlich vorliegt. Sinngemäß würde der Antrag lauten, dass wir anstelle dieses Verdunstungsbeetes eine andere Maßnahme finden, damit die Kriterien vom Verdunstungsbeet erreicht werden, um die Gesamtförderung zu bekommen.

Bürgermeister Bernhard Hieber räumt ein, dass diese Klimamaßnahme am Adlerplatz relativ preisintensiv ist. Jetzt gibt es die Überlegung, was man stattdessen machen könnte. Zu bedenken gibt er, es ist eine klimatische Maßnahme und Solar das ist mehr eine energetische Maßnahme. Es müsse betrachtet werden, ob die Vorschläge trotzdem konform ist. Deswegen ist es gut, dass es heute keinen Antrag gibt, dass es eine sinnvolle Maßnahme wird, die nicht dem Ursprungsgedanken der Förderungskriterien entgegensteht.

Da Stadtrat Thomas Seelmann keinen weiteren Redebedarf zum Haushalt sieht, ruft er zunächst seinen Antrag, zur Abstimmung auf.

Antrag

Die Stadt Haldensleben verzichtet im Haushaltsjahr 2023 auf eine Ausschüttung der Wobau.

Abstimmungsergebnis: 2 Ja-Stimmen, 4 Nein-Stimmen, 0 Stimmenthaltungen

Damit ist der Antrag abgelehnt.

zu TOP 7.1 Haushaltssatzung 2023 einschließlich Haushaltsplan Vorlage: 342-(VII.)/2022/1

Der Antrag lautet wie folgt:

Der Ortschaftsrat Süplingen beantragt im Namen des Süplinger Narrenbundes e.V. den Saalfußboden und die Sicherheitsbeleuchtung aufzuarbeiten.
Ebenfalls sollte die alte Holzeingangstür im Bereich Gartenweg (Nebeneingangstür) erneuert werden. Kosten ca. 10.000,00 €.

Amtsleiter Michael Schneidewind erläutert den Sachverhalt, wie die Vorstellungen des Ortschaftsrates zu diesem Antrag sind, wie sich die finanziellen Mittel im städtischen Haushalt darstellen und welche Möglichkeiten gesehen werden, dass dem OR Süplingen diese Summe zur Verfügung gestellt werden kann.

In Vertretung des Ausschussvorsitzenden ruft Stadtrat Thomas Seelmann den **Änderungsantrag des OR Süplingen** zur Abstimmung auf.

Abstimmungsergebnis: 5 Ja, 0 Nein, 1 Stimmenthaltung

Bevor Stadtrat Thomas Seelmann über die Haushaltssatzung zur Abstimmung aufruft, meldet sich **Amtsleiterin Elke Engel** zu Wort und unterbreitet folgenden Vorschlag zur Maßnahme Am Adlerplatz: Die Maßnahme im Haushalt unter I601-036 in „Maßnahme zum Klimaschutz im Fördergebiet“ umzubenennen. Im Bauausschuss können die genannten Vorschläge noch einmal diskutiert werden, um eine entsprechende Maßnahme festzulegen.

Da dieser Vorschlag von den Anwesenden als sinnvoll erachtet wird, lässt Stadtrat Thomas Seelmann über den Änderungsantrag der Verwaltung abstimmen.

Über den **Änderungsantrag** der Verwaltung stimmen die Mitglieder des Wirtschafts- und Finanzausschusses wie folgt ab:

Abstimmungsergebnis: 6 Ja-Stimmen (einstimmig)

Stadträtin Doris Trautvetter kommt auf die ca. 2 Mio. €, die für Flächenankäufe im Haushalt vorgesehen sind, zu sprechen. Könnten diese Gelder auch allgemein für Flächenankäufe vorgesehen werden. Sie habe gelesen, dass das gewerbliche Grundstück in der Althaldensleber Straße 10 in der Zwangsversteigerung ist.

Verkehrswert: 1,00 €. Es sind knapp 34.000 qm bebaut mit Abrissgebäuden. Ihre Frage ist, könnten die Gelder auch dafür eingesetzt werden, wenn die Verwaltung versuchen würde, das Grundstück zu ersteigern.

Abteilungsleiter Lutz Zimmermann würde die Diskussion gern im nichtöffentlichen Teil fortsetzen.

Stadtrat Mario Schumacher halte es für sinnvoll, diese 2.0 Mio. € im Haushalt zu belassen. Die Verwaltung muss in der Lage sein, Flächen erwerben zu können, um ein sinnvolles Gewerbegebiet oder auch Wohngebiet entwickeln zu können. Es können auch Flächen außerhalb des Stadtgebietes angekauft werden, um den ortsansässigen Landwirten Austauschflächen anbieten zu können.

Das Produkt könnte im Haushalt auch als „Erwerb und Herrichtung von Flächen“ bezeichnet werden. **Stadträtin Anja Reinke** greift den Gedanken von Stadträtin Doris Trautvetter auf – die Verwaltung sollte versuchen, diese Gewerbefläche zu erwerben, um dort etwas zu entwickeln, was sinnvoll wäre. Weitet man die Förderprogramme auf diesen Bereich auf, gebe es ihres Erachtens viele Möglichkeiten.

Nach Auffassung von **Herrn Jürgen Jacob** wäre es durchaus möglich, dieses Gebiet auch über die Position erwerben zu können. Die Frage von Stadträtin Doris Trautvetter würde er mit „ja“ beantworten.

Das Konto von dem der Erwerb bezahlt werden würde, heißt „Erwerb von Grundstücken und Gebäuden“ teilt **Amtsleiter Michael Schneidewind** zur Verständigung mit.

Dezernent Oliver Karte möchte zu bedenken geben, dass die Stadt, wenn sie die Flächen mit den Abrissgebäuden darauf erworben hat, als Eigentümer dann verkehrssicherungspflichtig ist, darüber hinaus resultieren unter Umständen auch Abrisskosten, wenn die Gebäude zusammenfallen. Unter diesen Voraussetzungen sollte überlegt werden, ob man das will.

Es geht um eine grundsätzliche Entscheidung, möchte die Stadt weiterhin auf der „grünen Wiese“ Gewerbegebiete errichten oder will sie es auch in der Innenstadtlage realisieren. Ihrer Auffassung nach, gebe es die Verpflichtung, dafür die Innenstadtlage vorzusehen. Der Vorschlag von **Stadträtin Anja Reinke** lautet: „Erwerb und Herrichtung von Flächen“.

An der Bezeichnung müsse nichts geändert werden, so **Amtsleiter Michael Schneidewind**. Wenn man der Meinung ist, man wolle etwas kaufen und wolle es im Anschluss herrichten, dann muss sicherlich eine Budgetverschiebung erfolgen. Es müsse die Grundsatzentscheidung getroffen werden, ob man das will. Seines Erachtens sollte im nichtöffentlichen Teil die Diskussion fortgesetzt werden.

Sodann ruft Stadtrat Thomas Seelmann über die Haushaltssatzung 2023 einschließlich Haushaltsplan in der geänderten Form zur Abstimmung auf.

Der Wirtschafts- und Finanzausschuss empfiehlt *mehrheitlich* dem Stadtrat, die als Anlage beigefügte Haushaltssatzung mit ihren Anlagen für das Haushaltsjahr 2023 zu beschließen.

Abstimmungsergebnis: 3 Ja-Stimmen, 2 Nein-Stimmen, 1 Stimmenthaltung

Ausschussvorsitzender Mario Schumacher übernimmt wieder die Sitzungsleitung und ruft TOP 8 auf.

zu TOP 8 Jahresabschluss 2019 der Stadt Haldensleben
Vorlage: 343-(VII.)/2022

Amtsleiter Michael Schneidewind hat zum Anschluss an den Jahresabschluss der Haushaltsjahr 2017 und 2018 auch eine Präsentation für das Jahr 2019 vorbereitet, die er den Anwesenden gern vorstellen möchte.

Ausschussvorsitzender Mario Schumacher ruft zur Abstimmung über die Jahresrechnung 2019 auf und verliest die Beschlussempfehlung

1. Der Jahresabschluss für das Haushaltsjahr 2019 wird aufgrund des Schlussberichtes des Rechnungsprüfungsamtes der Stadt Haldensleben zum Jahresabschluss 2019 gemäß § 120 (1) des Kommunalverfassungsgesetzes des Landes Sachsen-Anhalt bestätigt.
2. Dem Hauptverwaltungsbeamten wird gemäß § 120 (1) des Kommunalverfassungsgesetzes des Landes Sachsen-Anhalt für das Haushaltsjahr 2019 Entlastung erteilt.

Abstimmungsergebnis: 6 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen, 0 Stimmenthaltungen

zu TOP 9 Mitteilungen

Es liegen im öffentlichen Teil keine Mitteilungen vor.

zu TOP 10 Anfragen und Anregungen

- 10.1. Stadträtin Doris Trautvetter erinnert, dass vor geraumer Zeit von Stadträtin Anja Frau Reinke der Vorschlag nach einer Haushaltsklausur unterbreitet wurde. Die Bürgerbewegung ist inzwischen zu der Auffassung gekommen, dass 2 bzw. 3 Informationsveranstaltungen zum Haushalt nicht ausreichend sind. Ihre Fraktion würde so eine Haushaltsklausurtagung oder wie man es bezeichnen möchte, befürworten, um sich gemeinsam intensiver mit einzelnen Positionen auseinandersetzen zu können. Das wäre ihre Anregung; sie halte eine Haushaltsklausurtagung für sinnvoll.

gez. Mario Schumacher
Ausschussvorsitzender

gez. Ruth Felske
Protokollantin